

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933 1931**

32 (14.3.1931)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-888191](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-888191)

# Zeichnungen

## für Stadt und Amt Elsfleth

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.  
Im Falle von unerschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch  
auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises  
Eitung: 5. Zirk. Druck und Verlag von E. Zirk.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vor-  
mittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten.  
Bei gerichtlicher Klage, Kontursverfahren usw. wird etwa bewilligter  
Kabatt hinfällig.

Nr. 90

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Seimat und Welt“ für den Monat 1.10 RM ausschließlich Postgebühren.  
Anzeigenpreise: Die einpaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeile 60 Pfg.  
Für durch Fernprediker aufgegebenen Anzeigen kein Einspruchsrecht

Schließlich 17

Nr. 32

Elsfleth, Sonnabend, den 14. März

1931

### Chronik des Tages.

— Reichstänzer Dr. Brünning empfing erneut eine An-  
zahl von Abgeordneten zu einer agrarpolitischen Aussprache.  
— Im Steuerausfluß des Reichstages wurden die  
sozialdemokratischen Steueranträge unter Zustimmung  
des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei angenommen.  
— Am kommenden Sonntag feiert General von Madra  
seinen 80. Geburtstag.  
— Neue Schneefälle verursachen im gesamten Reichs-  
gebiet erhebliche Verkehrsstörungen. In Bayern mußte Mil-  
itär zur Ausbesserung verkehrter Züge aufgerufen werden.  
— Der deutsch-polnische Handelsvertrag ist vom polni-  
schen Sejm mit 180 gegen 75 Stimmen angenommen  
worden.  
— In der Nähe von Schanghai explodierte ein mit  
900 Personen besetzter Dampfer. Beim Untergang des  
Schiffes soll der größte Teil der Besatzung umgekommen sein.

### Der Flotten-Vertrag.

— Berlin, 14. März.

Nachdem man den Londoner Drei-Mächte-Pakt  
einen Flotten-Friedensvertrag genannt hat, wird man  
die französisch-italienischen Zugabvereinbarungen zu  
diesem Abkommen, wie sie inzwischen im Wortlaut  
bekannt geworden sind, etwas beschleunigter einen Ver-  
trag über die Begrenzung der nächstjährigen Bau-  
programme nennen müssen.

Im wesentlichen stabilisiert der neue Pakt das ge-  
genwärtige Kräfteverhältnis im Mittelmeer. Italien  
und Frankreich werden vorerst nicht mehr gegenein-  
ander wechsellagern, aber sie werden auch keinen Schlach-  
tkreuzer und kein Unterseeboot abwraden, ohne dar-  
für ein neues Schiff in Dienst zu stellen. Praktisch  
bedeutet das, daß Frankreich und Italien — am Vor-  
abend der Weltabstimmungskonferenz! — noch je zwei  
neue Schlachtschiffe bauen werden, um dafür ältere  
Kriegsschiffe aus den Listen zu streichen.

Während so hinsichtlich der Schiffstonnage alles  
beim Alten bleibt, ist eine der wichtigsten Fragen des fran-  
zösisch-italienischen Verhältnisses, nämlich Italiens An-  
drang auf den Besitz einer der französisch-ebenbürtigen  
Häute, durch den Vertrag von Rom wieder abgeschwächt  
noch befähigt worden. Bescharrt aber Italien auf diesem  
Standpunkt, dann bildet der Beitritt Frankreichs und  
Italiens zum Drei-Mächte-Pakt nur einen Versuch,  
durch eine Vertagung der Kernpunkte Zeit zur Ver-  
ständigung zu gewinnen.

Über den Erfolg oder Mißerfolg dieser Politik  
aber entscheidet nicht diese und jene Konzeption in der  
Ronnage-Frage, sondern hierbei werden auch die zu-  
gehörigen die Rolle spielen, die Frankreich Italien in  
der Kolonialpolitik machen kann oder richtig-  
machen will. Etwas Vorklare möchte wohl der „Ter-  
ror“ zum Ausdruck bringen, wenn er schreibt, die  
Flottenfrage bilde nur einen kleinen Auschnitt aus dem  
französisch-italienischen Verhältnis, das viel komplizier-  
ter sei, als man denke. Daß aber den neuen  
Flottenpakt fortan enlle Versuche in Richtung einer  
Gesamtvereinbarung der französisch-italienischen Differenz-  
fragen folgen werden und wie der Besitz des  
französischen Vorklars bei Mussolini vermuten läßt  
— sehr wahrscheinlich schon begonnen haben, ist sicher.

Selbst wenn also bei den Verhandlungen in Rom  
und Paris parteipolitische Nebenabreden nicht getroffen  
worden sein sollten, dürfte doch der Flottenpakt po-  
sitive Wirkungen haben, die die europäische Lage  
zu oder zu beeinflussen müßten. Daß Deutschland nicht  
daran denkt, seine Suppe über dem Feuer der europä-  
ischen Zwietracht garzulassen, ist zu häufig gesagt  
worden, als daß man darauf weitere Worte zu verschie-  
den braucht. Die deutsche Politik kann jede Verständig-  
ung begrüßen, sofern diese Verständigung auf natür-  
lichen Wege erfolgt und nicht zu dem Zweck, an einer  
Front eine Entlastung herbeizuführen, um auf der an-  
deren einen noch größeren Druck ausüben zu können.

Als ein bedeutsamer Punkt des neuen Flottenver-  
trags muß noch Englands Vorbehalt in der Frage der  
Unterseebootstonnage hervorgehoben werden.  
Die französischen Unterwassertänker haben es verstanden,  
gegenüber der englischen und der italienischen Untersee-  
bootflotte in Stärke von etwa je 53 000 Tonnen für  
Frankreich 82 000 Tonnen auszubilden. Das ist ein  
verwirrender Sonnengesatz, daß sich England damit auf  
die Dauer nicht abfinden kann. Wenn man in London  
nochfalls auch auf den Bau einer gleichstarken Untersee-  
bootflotte verzichten würde, so doch nicht auf die  
Vernehmung der Zerörter-Boote.

Der Vorbehalt Englands, in der Ab-  
stimmungskonferenz von 1932 die Frage der Untersee-  
boote erneut aufzurollen, um für den Fall einer unbe-  
friedigenden Regelung von der Sicherheitsklausel des  
Londoner Vertrags Gebrauch zu machen und sich ein  
Gegenrecht gegen Frankreichs Ueberlegenheit in U-  
Booten zu verschaffen, ist durchaus ernst gemeint. Die

Inanspruchnahme dieser Sicherheitsklausel würde aller-  
dings auch Japan und die Vereinigten Staaten zu ent-  
sprechenden Maßnahmen berechtigen, damit also einen  
Teil des Londoner Flottenvertrags, dessen Aufrecht-  
erhaltung das V und D der englischen Politik bildet,  
außer Kraft setzen. Das Döium, den Flottenvertrag  
fabriklos zu haben, würde dann aber auf Frankreich  
fallen.

Eine andere Frage, die nach der Klärung Bedarf  
ist, die ob es zu der Inkastung der französisch-ita-  
lienischen Zugabe einer neuen Ratifizierung des bisher-  
igen Vertrags bedarf. Ist diese Frage praktisch auch  
nicht sonderlich bedeutend, so wird man sich in Wäshin-  
gen und Tokio jedoch kaum zu einer nochmaligen Ratifi-  
zierung des Flottenvertrags verstehen können. Im End-  
ergebnis kommt man also zu dem Schluß, daß der neue  
Flottenvertrag befriedigender wäre, wenn er Frankreich  
nicht so völlig befriedigen würde

### Steueranträge angenommen.

Ausfluß-Mehrheit für die sozialdemokratischen Forde-  
rungen.

— Berlin, 13. März.

Der Steuerausfluß des Reichstages besaßte sich ab-  
schließend mit den sozialdemokratischen Anträgen auf  
Erhöhung des Zuschlags zur Aufständischen- bzw. Zaus-  
tamensteuer und Verdoppelung des bisher 3prozentigen  
Zuschlags zur Einkommensteuer für Einkommen über  
20 000 Mark zu. Für diese Anträge wurden neun so-  
zialdemokratische und kommunistische Stimmen, dagegen  
vier Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Staats-  
partei, der Wirtschaftspartei und des Landvolks abge-  
geben. Das Zentrum, die Bayerische Volkspartei und  
die Christlichsozialen hatten sich der Stimme enthalten.

Vor der Abstimmung hatte das Zentrum die Ver-  
tagung der Entscheidung um einige Stunden bean-  
tragt. Als dagegen Widerspruch erhoben wurde, ließ  
die Zentrumsfraktion antworten, daß sie sich nunmehr  
der Stimme enthalten werde, ohne sich dadurch end-  
gültig festzulegen. Die endgültige Entscheidung über die  
sozialdemokratischen Steueranträge wird also auch in  
diesem Falle im Plenum des Reichstages fallen.

In der Debatte hatte Abgeordneter Uffer für  
das Zentrum dargelegt, die Zentrumsfraktion betrachte  
die kommunistischen Steueranträge als undurchführbar.  
Die sozialdemokratischen Anträge hätten dagegen in  
der Fraktion den geringsten Widerstand gefunden. Eine  
Erhöhung des Zuschlags schon für Vermögen über  
8000 Mark und ebenso die Erhöhung der Vermögens-  
steuer sei jedoch unannehmbar. Zum Schluß bewog  
Abg. Uffing darauf, daß bei den jetzigen parlamentari-  
schen Verhältnissen im Plenum eine Mehrheit für solche  
Anträge vorhanden sei. Der Staatsparteilender Dr. W. in-  
schub hielt im jetzigen Augenblick jede und auch nur  
geringfügige Steuererhöhung für gefährlich. Der sozial-  
demokratische Antrag zur Aufständischensteuer komme  
einer Diffamierung der Aufständischenstätigkeit gleich.  
Abg. Dr. Hugo von der Deutschen Volkspartei wandte  
sich mit Schärfe gegen die sozialdemokratischen Forde-  
rungen und setzte sich dafür ein, an dem Etat Abschnitte  
in Höhe von 300 Millionen Mark vorzunehmen. Abg.  
Dr. Fischer von der Staatspartei führte aus, es  
komme nicht darauf an, wen eine neue Steuererhöhung  
treffe, Grundtag müsse vielmehr sein, durch die Sen-  
kung der Ausgaben die Wirtschaft zu entlasten und die  
Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

### Agraransprache beim Kanzler.

Umlich wird mitgeteilt:

Der Reichstänzer empfing auf ihren Wunsch die  
Abgeordneten Döhring, Hepp, Dr. Schen, Freiber von  
Stauffenberg, Dr. Jehr, Sachjenberg, Freyhe, Ein-  
dörfer, Freiber von Hammerstein-Vorlen, Graf W-  
stary und Vornemann zu einer Aussprache, in der ihre  
Aufstellungen über die gesamtpolitische Lage, insbeson-  
dere auf dem agrarischen Gebiete, vorgebracht und ein-  
gehend besprochen wurden.

### Das Gehalt der Bankdirektoren.

Eine Ueberlicht über die Bezüge der leitenden Beamten  
der Reichsbank.

— Berlin, 13. März.

In Ausführung eines Reichstagsbeschlusses macht  
das Reichswirtschaftsministerium Mitteilungen über die  
Bezüge der leitenden Beamten der Reichsbank.

Daneb hat der Generalrat — die Reichsre-  
gierung hat keinen Einfluß auf die Festsetzung  
der Bezüge — die Gehälter der leitenden Beamten  
dahin geregelt, daß die gesamten dienstlichen Bezüge  
der Mitglieder des Direktoriums jährlich ein-  
schließlich aller Zulagen 100 000 Mark je Mitglied be-  
tragen, wovon 50 000 Mark auf Gehalt und 30 000

Mark auf nicht ruhegehaltfähige Stellenzulage ent-  
fallen; 20 000 Mark sind Dienstaufwandsentschädigungs-  
gen. Der Vizepräsident des Reichsbank-Direktoriums  
erhält die um ein Drittel erhöhten Bezüge des Mit-  
glieds, also insgesamt 133 333 Mark, der Präsident die  
doppelten Mitgliedsbezüge, also 200 000 Mark.

Der Generalrat hat nach Ausscheiden der aus-  
ländischen Mitglieder die Bezüge seiner Mitglieder,  
die früher 20 000 Mark betrugen, um die Hälfte ge-  
kürzt. — Entscheidung der Dezember-Notenordnung  
über die Kürzung der Bezüge des Reichstanzlers und  
der Reichsminister haben Präsident, Vizepräsident und  
Mitglieder des Reichsbank-Direktoriums beschließen,  
die gleiche Prozententgehung auf sämtliche Amtsbezüge,  
gleichfalls mit Ausnahme der Dienstaufwandsentschädi-  
gungen, ebenfalls mit Wirkung vom 1. Februar ab auf  
sich anwenden zu lassen; der Präsident hat, nachdem  
die freiwillige Gehaltskürzung des Reichspräsidenten  
und der Mitglieder des Reichstages bekannt geworden  
war, alsbald die Kürzung seiner Bezüge gleichfalls vom  
1. November 1930 ab eintreten lassen.

### Mittwoch Innenminister-Konferenz.

— Berlin, 13. März.

Die angekündigte Konferenz des Reichsinnenminis-  
ters Dr. Wirth mit den Reichsinnenministern der deut-  
schen Länder findet am nächsten Mittwoch statt. Ge-  
genstand der Besprechung ist die innenpolitische Lage in  
den einzelnen Ländern, insbesondere soll die Frage ge-  
prüft werden, was die Länder gegen die Gottlosen un-  
terechnen können, die ihren Kampf gegen Religion und  
Kirche führen. Einladungen sind zu dieser Konferenz an  
die Länder Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg,  
Baden und Hessen ergangen.

### Sejm für Handelsvertrag.

Mit 180 gegen 75 Stimmen.

— Warschau, 13. März.

Nach 14stündiger Sitzung hat der polnische Sejm  
gegen 6 Uhr früh den deutsch-polnischen Handelsver-  
trag mit 180 gegen 75 Stimmen in dritter Lesung und  
damit endgültig verabschiedet. Mit dem gleichen Stim-  
menverhältnis war zuvor das deutsch-polnische Quaban-  
kationsabkommen angenommen worden. Im Senat, dem  
die Vorlagen gleichfalls noch unterbreitet werden sol-  
ten, soll die Entscheidung vor Dtern herbeigeführt wer-  
den. Für die Verträge stimmten auch die Vertreter der  
deutschen Minderheit.

Den Deutschen Reichstag hat der deutsch-polnische  
Handelsvertrag noch nicht beschäftigt.

### Der Terror von Hohenbirken.

Abstufung der Zeugenvernehmung. — Die Deutsche-  
hege am Ueberfalltage bis zur Siedehitze aufgegeicht.

— Hohenbirken, 13. März.

Das polnische Burgergericht in Hohenbirken beendete die  
Zeugenvernehmung im Hohenbirkenen Prozeß mit dem  
Verhör einer Reihe von Entlastungszeugen. Es han-  
delte sich durchweg um Verwandte der Angeklagten  
oder auch Mitglieder des Aufständischenverbandes, die  
sichtlich bestrebt waren, nach Möglichkeit die Angeklag-  
ten zu entlasten.

Neue Momente erbrachte die Vernehmung dieser  
Zeugen jedoch nicht, bekräftigte vielmehr, daß die Hege  
gegen die Deutschen in Hohenbirken am Ueberfalltage  
bis zur Siedehitze aufgegeicht worden ist. Ebenso muß-  
ten die Entlastungszeugen zugeben, daß sich am frag-  
lichen Tage tatsächlich eine Anzahl von Dörsfremden,  
wahrscheinlich Aufständischen, an Ort und Bestand und mit  
den ortsanfässigen Aufständischen in einem Restaurant  
eine Art Siegesfeier veranstaltet hatte.

Nach Beendigung der Zeugenvernehmung legte  
der Rechtsbestand der Nebenkläger dem Gericht die  
ärztlichen Atteste sowie die Schadenauftragforderungen  
der Geschädigten vor. Der Verteidiger der Angeklagten  
beantragte Hinzuziehung eines Sachverständigen, der  
ein Gutachten über verschiedene Unfallforderungen ab-  
geben soll, da nach Ansicht des Verteidigers übertrie-  
bene Schadenserfordernisse gestellt worden seien.

### Grundsteinlegung zum Schlageterdenkmal

— Düsseldorf, 13. März.

Im Rahmen einer schlichten Feier wurde in der  
Goldheimer Heide, und zwar an der Stelle, wo Albert  
Leo Schlageter am 26. Mai 1930 von den Franzosen  
erschossen worden ist, der Grundstein zu einem Schla-  
geter-Denkmal gelegt. Der Vorsitzende des Denkmals-  
ausschusses, Dr. Schlexer, betonte, das Denkmal solle  
der Erinnerung an die schwere Zeit des Ruhrkampfes  
gewidmet sein, gewidmet Albert Leo Schlageter und  
den anderen Deutschen, die im Ruhrkampf ihr Leben  
lassen mußten.

# Panzerkreuzer bewilligt.

Stimmhaltung der Sozialdemokraten im Ausschuss.  
- Groener über den Schutz Ostpreußens.  
- Berlin, 12. März.

Der Haushaltsausschuss des Reichstags verabschiedete nunmehr auch den Marineetat für 1931/32. Die darin enthaltene erste Bauart für den zweiten Panzerkreuzer wurde mit allen Stimmen gegen die Kommunisten bewilligt. Die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimmabgabe. Nachdem dann auch die übrigen Positionen des Marineetats unverändert nach der Regierungsvorlage genehmigt worden waren, vertagte sich der Ausschuss.

In der nächsten Sitzung werden die Reste des Finanz- und Postetats behandelt werden.

Vor der Abstimmung über den Panzerkreuzer hatte Abgeordneter Hünlich eine

**Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion** verlesen, in der daran erinnert wurde, daß die Sozialdemokratie bisher sämtliche Bauarten für das Panzerschiff A abgelehnt hat.

„Wenn nun von Seiten der Regierung und der bürgerlichen Parteien in diesem Zusammenhang — so fährt die Erklärung dann fort — auf die innerpolitische Gesamtlage hingewiesen wird, so verschleift sich auch die sozialdemokratische Fraktion nicht der Erkenntnis, daß alle an der Aufrechterhaltung des demokratischen Regierungssystems und der Abwehr des Faschismus interessierten Kreise aus der gegenwärtigen Lage gewisse politische Schlussfolgerungen zu ziehen haben.“

Sie hat aber das Recht, zu verlangen, daß, wenn überhaupt der Flottenbau nach dem Programm der Regierung vorgenommen wird, zum mindesten die finanzielle Belastung, die durch das Flottenbauprogramm erwächst, durch eine entsprechende Entlastung der arbeitenden Bevölkerung ausgeglichen wird.

Zu diesem Zweck wird sie bestimmte steuerpolitische Anträge einbringen, und sie erwartet gleichzeitig ein Entgegenkommen in ihren Forderungen auf sozialpolitischen Gebiet.

Erst wenn diese Fragen geklärt sind, kann eine endgültige Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu den angebotenen Schiffsbauarten erfolgen. Wir werden uns deshalb bei der Abstimmung über die angeforderten neuen Kräfte für den Bau des Panzerschiffes B im Ausschuss der Stimme enthalten.“

## Ostpreußen das strategische Kernstück.

Im Verlaufe der Debatte hatte auch Reichswehrminister Groener nochmals das Wort genommen und sich über den Schutz Ostpreußens geäußert. Bei der Landesverteidigung Deutschlands, so betonte der Minister, spiele Ostpreußen eine besondere strategische Rolle. Durch die unglückliche Grenzziehung von 1918 habe sich diese strategische Bedeutung noch erhöht. Die Verteidigung Ostpreußens sei geradezu das strategische Kernstück der deutschen Landesverteidigung.

Der Minister erklärte, er werde bei seinen pflichtmäßigen Vorbereitungen für die Landesverteidigung alles tun zu Lande und zu Wasser, um den Schutz Ostpreußens mit den äusseren Mitteln zu gewährleisten. Nachdem er sich aus militärischen und politischen Gründen heraus zum Wiederaufbau unserer Seestreitkräfte in dem durch Versailles gelassenen Rahmen entschlossen habe, sehe und falle er mit dieser einmal in Angriff genommenen Flottenpolitik. Ein Zurück gehen sei für ihn nicht.

Der Chef der Marineleitung, Admiral Raeder, hatte auf eine Reihe von Anfragen Auskunft gegeben.

## Reallöhne bleiben

Das Ziel der Regierungspolitik: Senkung der Arbeitslosenlohn. - Berlin, 12. März.

Nach mehrtägiger Pause nahm der Reichstag seine Plenarsitzungen mit der zweiten Lesung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wieder auf. Vom Ausschuss lagen Entschlüsse vor, in denen u. a. die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Einführung

der 40-Stunden-Woche gefordert wird. Die Kommunisten hatten einen gegen die Stilllegung der Hütte Ruhrort-Weidich gerichteten Antrag eingebracht.

Reichsarbeitsminister Siegewald leitete wie im Ausschuss auch im Plenum die Beratung mit einer längeren Rede ein, in der er die Fragen der Lohnpolitik, des Tarifs und Schlichtungswegens behandelte. Der Minister kam zu dem Ergebnis, daß das staatliche Schlichtungs- und Tarifwesen sich in dieser kritischen Zeit bewährt und die amtliche Lohnpolitik die Wirtschaftskrise keineswegs verschärft habe. Im einzelnen führte er aus:

Das amtliche Schlichtungswesen muß eine bestimmte Linie einhalten, wenn nicht ein Lohnkampf entstehen soll. Was den Lohn anlangt, so übersteigt die Kaufkrafttheorie, daß in einem Lande mit fünf Millionen Arbeitslosen und einigen Millionen Kurzarbeitern mit dem individuellen Nothlohn nichts anzufangen ist. Es ist unlogisch, völlig freie Lohnregelung zu verlangen und gleichzeitig die Kaufkrafttheorie vor unvorsichtlichen Kreisbindungen in Kartellen sowie hohe Löhle gegenüber dem Ausland zu fordern. Praktisch steht die Lohnfrage gegenwärtig so:

Das Ansehen für Konjunkturforschung hat für 1930 die Auffassung vertreten, daß durch Arbeitslosigkeit Arbeitslosenzahlungen, Kurzarbeit und amtliche Lohnsenkungen eine Kürzung der Einnahmen um 10 v. H. festzulegen und dem eine Senkung der Lebenshaltungskosten um 7 v. H. gegenüberstehe.

Nicht kürzung der Reallohn ist Sinn der Regierungspolitik, sondern die Senkung der Lebenshaltungskosten. Freilich hat man es bei den einzelnen Tarifverneuerungen nicht immer in der Hand, zu erreichen, daß der Lohnsenkung in dem gleichen Gewerbe sofort eine Preisentlastung folgt oder daß die Preisentlastung der Lohnsenkung vorangeht. Auf längere Sicht gesehen werde ich mich, soweit das an dem Wege der Schlichtung überhaupt möglich ist, nachdrücklich einer Senkung der Reallohn widersetzen.

Zur Lösung der Fragen wegen der Reform des Tarifs und Schlichtungswesens ist es meines Erachtens absolut notwendig, daß in der nächsten Zeit Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften viel umfassender als bisher zusammenarbeiten. Was die immer mehr umtriebigen Arbeitseiverfänger anlangt, so betone ich nochmals, daß die Regierung falls ein durchgehender Erfolg der freiwilligen Bemühungen um eine wesentliche Verminderung des Arbeitslosenheeres nicht beschieden ist, geeignete Vorkehrungen über Arbeitsverdrängung durch Arbeitseiverfänger erlassen muß. Der Arbeitslosenfrage ist nur in Verbindung mit der Gesamtfinanzierung entsprechend beizukommen.

Wenn sich die Beschaffung einer Anleihe von 1—1½ Milliarden zu erträglichen Zinssätzen ermöglichen ließe, dann könnte ich schon morgen ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vortragen, durch das 300 000 bis 400 000 Menschen beschäftigt werden könnten und in dessen Mittelpunkt die Reichsbahn stehen würde.

Aber die Beschaffung solcher notwendigen langfristigen Kredite ist in der Hauptsache eine Vertrauensfrage. Dieses Vertrauen kann aber nur kommen, wenn Staat und Wirtschaft in Ordnung gebracht werden. Was dahin müssen wir zunächst mit kleineren Mitteln die Arbeitslosenfrage zu mildern suchen. Auf längere Sicht gesehen bin ich kein pessimist. Trotzdem täusche ich mich aber nicht darin, daß 1931 noch ein schweres Krisenjahr für uns sein wird.

Das es bisher gelungen ist, für fünf Millionen arbeitslose Volksgenossen zu sorgen, ist ein Großtat das deutschen Volkes und der Arbeiterklasse. Trotz großer eigener Mühe hat sie so gewaltige Opfer für die Arbeitslosen aufgebracht, und das ist eine Leistung, die in der Weltgeschichte einzig dastet.

## Ausfallbürgschaft für Baukredite.

Zum Schluss behandelte der Minister noch die Wohnungspolitik. Hier erklärte er die wichtigste Aufgabe darin, wieder privates Kapital für zweifelhafte Hypotheken zu beschaffen. Das Reich ist bereit, für solche Hypotheken Ausfallsbürgschaften zu übernehmen und sie durch einen Zinsversicherungsfonds zu untermauern. In den letzten Jahren sei zu teuer gebaut worden. Heute dürfe eine Wohnung nicht mehr als 6500 Mark kosten.

## Aus Stadt und Land.

**Wendung im Mordfall Schmoller.** In dem Verfahren wegen der Ermordung des Berliner Kinggeschäftsführers Schmoller ist nunmehr auch der Bruder des dieses Verbrechens angeklagten Artisten Urban, der Chauffeur Urban, verhaftet worden. Der Chauffeur Urban hat sich übrigens schon vor einigen Wochen

als Mittäter gemeldet, doch schenkte man damals der Selbstbezeichnung keinen Glauben.

**Internationale Kongresse während der 25. schen Bauausstellung.** Reichsarbeitsminister Siegewald hat das Protokoll über die im Juni im Auftrage der Deutschen Bauausstellung in Berlin stattfindenden großen internationalen Kongresse, die von der Internationalen Vereinigung für Städtebau und Wohnungsfragen und dem Internationalen Verband für Wohnungsfragen veranstaltet werden, übernommen.

**Ende der Straßburger Spielartenfabrik.** Grund des Stilllegungsantrags der Straßburger Spielartenfabrik fanden unter dem Vorfeld des Generalrats fünf Verhandlungen mit der Fabrikgesellschaft statt. Die Verwaltung der Gesellschaft hat sich für die Zusammenlegung des Straßburger Betriebes mit dem bayerischen Betrieb entschieden. Aus dieser Zusammenlegung werden Verbilligungen erschöpfen, und die Regelung des Geschäftes, namentlich des Umwandlungsgeschäftes. Die Gesamtzahl der in den veränderten Fabriken des Konzerns beschäftigten Arbeiter soll unwesentlich verringert werden. In Straßburg soll lediglich der Buchdruckerbetrieb bleiben, der 150 Arbeiter beschäftigt. Die Verlegung nach München soll im Laufe des Sommers durchgeführt werden.

**Lobdauhammer Karlesberg leicht gerammt.** Dampf Karlesberg des Norddeutschen Lloyd, der nach Hamburg, mußte wegen dichten Schnees beim Hagen-Bog-Quartum vorübergehend ankern. Zu Anker liegend wurde das Schiff von dem einkommenden Motorschiff San Francisco der Hamburg-Amerika-Linie oberhalb der Wasserlinie leicht gerammt.

**Die Gemäldegalerie in der preussischen Gesandtschaft in München.** Im Zusammenhang mit den Beratungen über die Aufhebung der preussischen Gesandtschaft in München, erfährt die Bayerische Staatszeitung von zufälliger Seite, daß nicht daran gedacht werde, die preussische Gemäldegalerie, die sich im Gebäude der preussischen Gesandtschaft befindet und dem Eigentum des preussischen Staates ist, aus München nach Preußen zu verlegen.

**Goldene Herrenruhren am Angelhafen.** Angler, der im Hamburger, einem Nebenfließ der Mose, einen schweren Fisch an der Angel zu haben glaubte, zog zu seiner Ueberschweifung eine goldene Herrenruhren aus dem Wasser. Als er daran hin die Umgebung absuchte, fand er noch Goldmedaillen aller Art. Offenbar hat hier ein Dieb seine Beute verstecken wollen.

**Zusammenkunft der Offiziere der Handelsmarine.** Die Leitung der Internationalen Vereinigung der Offiziere der Handelsmarine trat in Amsterdam zusammen. Deutschland ist vertreten durch Kapitän Freyer, den Vorsitzenden der deutschen Kapitänsvereinerung, und Freese, den Vorsitzenden des Verbandes deutscher Matrosen.

**Ansatz auf einen britischen Beamten in Transjordanien.** Auf den britischen Direktor der transjordanischen Geheimpolizei wurde ein Anschlag verübt, als er sich in einem Automobil auf der Fahrt von Es-Salt nach Amman befand. Der Beamte, auf dem acht Schüsse abgegeben wurden, wurde leicht verletzt.

**Schweres Autounfall.** Drei schwer verletzte. In Berlin wurde bei einem schweren Zusammenstoß zwischen einem Motorrad und einem Lieferwagen drei Personen schwer und vier leicht verletzt. Der Zusammenstoß war so heftig, daß die Insassen des Lieferwagens durch die Schutzscheiben flogen!

**Missionare von chinesischen Banditen gefangen.** Der amerikanische Generalkonsul in Santau erhielt von einer chinesischen Mäuberbande in der Provinz Hubei die Mitteilung, daß sie den amerikanischen Missionar Wilson seit Oktober vorigen Jahres in ihrer Gewalt haben, an einen Platz gebunden und mit Schilfrohr gefesselt hätten, und daß Schlimmeres geschehen werde, wenn das Abgeld nicht eiligst herbeigeschickt werde. Zur Zeit befinden sich insgesamt 27 britische, amerikanische, schwedische, norwegische, spanische Missionare in verschiedenen Provinzen Chinas in der Gefangenschaft von Mäuberbanden.

# Liebe macht demütig

ROMAN VON JOHANNE LOHR  
Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

„Erbärmliche Kreatur — und an diese hatte sich doch ein Mädchen verlieren können.“  
Er wandte sich zu Eugenie, und noch einmal tönte ihm nach: „Süßen Sie sich vor mir — ich werde mich rächen!“  
Darauf erfolgte ein trampfhaftes, höhnisches Gelächter. Die beiden herrschtschaften waren sich ja nicht fremd gewesen — sie kannten sich schon länger; sicher war die Begabung hier oben kein Zufall, und es hatte ein Rendezvous stattfinden sollen, das er gestiftet. Saha, ja, das war es, darum war der Briefwechsel so plötzlich abgebrochen: die schöne Eugenie hatte einem anderen Liebhaber gefunden. Ein abermaliges trampfhaftes Gelächter erfolgte.  
Eugenie fuhr zusammen bei diesen Tönen. Herr von Waldungen war angewidert; doch er führte das junge Mädchen mit rubigen, gemessenen Schritten weiter.  
Von der wunderbaren Stimmung in der Natur sah Eugenie auf dem Rückwege nichts mehr. Sie dachte auch nicht an den Zurückbleibenden; sie fühlte sich nur beschämt und gedemütigt vor dem, den sie nicht wieder hätte sehen wollen. Und nun war er auf ihren Rücken herbeigeeilt.  
Er war der Retter in der schwierigsten Lage ihres Lebens geworden.  
Sie jubte zusammen in diesem Gefühl. Er ließ sofort ihren Arm frei, weil er glaubte, daß sie allein gehen wollte. „Ich befände mich in einer unangenehmen Lage, mein gnädiges Fräulein!“ sagte er dann. „Ihr Herr Bräutigam hatte wohl das Recht, mich zurückzuweisen, und ich war schwantend in meinem Entschluß. Der Verlobten durfte ich mich nicht nähern. Hätte ich das vorher gewußt, würde ich in dieser peinlichen Angelegenheit nicht eingeschritten sein.“

Eugenie schweig einen Augenblick; es schien, als ob ihr das erste Wort schwer fiele. Dann antwortete sie leise: „Er ist nicht mein Verlobter!“  
„Nicht — nicht Ihr Verlobter? — Ja, aber dann kann ich die ganze Situation nicht begreifen.“  
Er legte sich wohl Zwang auf, als er schwieg; doch Eugenie faßte die Verpflichtung, zu sprechen:  
„Ich war zwei Jahre, bis zum Tode meines Vaters, heimlich mit ihm verlobt. Da tauchten Gründe auf, die mich veranlassen, das Verhältnis zu lösen, und er hatte mich hier hinauf verfolgt, um mich zu zwingen, das gegebene Wort zu halten. Das Weitere haben Sie ja mit angesehen.“  
Baron von Waldungen schwieg.  
Aberdings hatte er es mit angesehen, wie ein Ehrloser ein wehrloses Mädchen an sich geriffen. Er wußte nicht, als er dort zur Hilfe herbeieilte, wem er helfen sollte; doch schon, als er die wunderbare Gestalt in den Armen dieses Menschen sah, wußte er, ohne das Gesicht noch gesehen zu haben, daß es nur Eugenie Eppen sein konnte, und wenn sie ihm auch die Abneigung gezeigt, seinen Stolz bis auf äußerste Verlekt hatte, das herrliche Gesichtspaar aus den Armen dieses erbärmlichen Menschen zu befreien — das war ihm Genugtuung, Freude gewesen. Aber der Mann habe ihm dann mitgeteilt, daß die Dame, daß Eugenie seine Frau sei. Da war plötzlich seine Verehrung für Fräulein Eppen merklich gesunken.  
Die Aufklärung Eugeniens gab seinen Gedanken eine andere Richtung; also sie hatte den unebeneten Freier kurz verabschiedet. Er hatte es damals gefühlt, daß ihr Herz nicht mehr frei war.  
Wodurch mochte mit einem Male der Bruch des Verlobnisses herbeigeführt sein? Schließlich ging ihm das ja nichts an. Er hatte nur seine Pflicht erfüllt, und damit war die Sache abgemacht.  
„Wohin darf ich gnädiges Fräulein führen?“ brach er das Schweigen plötzlich, und Eugenie antwortete zögernd:  
„Ich bitte, zu Frau von Döming, am Höhenweg!“

„Wie, zu Frau von Döming, meiner lieben alten Mutter taunten, die ich ohnehin aufsuchen wollte? Nun, da wende ich ja Bescheid.“  
Er versank wieder in Nachdenken. Nun konnte er nicht dem liebgeordneten Quartier, wo er sich oft tagelang wohlgeföhlt, nicht entbehren. Er hätte unter den jetztigen Verhältnissen nicht mit Eugenie unter einem Dache wohnen dürfen; schon um des Schurken willen nicht, von dem Mägdlein befreit. Er selbst hätte es aber auch nicht gemocht; die eklatante Abergewöhnung machte ihre Rechte immer mehr geltend — er konnte sie nicht vergessen, und auch Eugenie mußte die Erinnerung an die heutige Szene in seiner Gegenwart immer wieder peinlich sein. Wie schade! Saha, er sich bedauernd. Er hatte nun die Pflicht, bevor er Fortreue von Döming besuchte, ein Hotelzimmer zu mieten. „Mattenhof“ würde ja Platz genug sein, und er war dort lange bekannt.  
Er begleitete Eugenie bis zur Villa „Heimat“ und wusch Frau von Döming einzuweilen herzlich zu grüßen. Sein Besuch würde er am kommenden Tage nachholen.  
Eugeniens Dank stieg ihm beim Abschied gepreßt entgegen. Sie konnte nicht viel Worte machen; sie gab ihm die Hand, die eiskalt, ohne Druck, in der seinen lag, und wandte sich der Tür zu.  
Er lag ihr nach, und etwas wie Mitleid trat in seiner Brust. Er wußte, daß Eugeniens Stillheit heute schwerer gelegt worden war. Ob auch ihr Herz dabei gelitten?  
Er grübelte nach. Sie hatte ihm so fast gedankt, und es eben so sich verabschiedet. Hatte sie etwa gehört, daß er das das, was seine Pflicht war, Lohn beanspruchte?  
Er fuhr bei diesem Gedanken zusammen. Sicher war er der Grund ihres kühnen Auseinandergehens; sie hatte ihm klammern wollen, daß durch die Dankeschuld keine Verlektung geschlagen sei. Er biß sich auf die Lippen. Dann? Er erwartete, wenn er etwas getan, was doch nur seine Pflicht war? Er hatte das Bewußtsein, das Rechte getan zu haben. Wozu also Dank?

# Aus Nah und Fern

Veranstaltungen und Berichte über örtliche Vorkommnisse sind der Schriftleitung stets willkommen

Erstseite, den 14. März 1931

## Tages-Zeiger

Aufgang: 6 Uhr 48 Min. — Untergang: 6 Uhr 26 Min.

### Schmaller:

10.44 Uhr Vorm. — 11.25 Uhr Nachm.

15. März: 12.11 Uhr Vorm. — 12.39 Uhr Nachm.

16. März: 1.18 Uhr Vorm. — — Uhr Vorm.

**Stadtratssitzung.** Der Bürgermeister gab über die Finanzergebnisse der letzten Rechnungsjahre 1930/31 schließliche Auskunft. Der Gesamtertrag betrug etwa 13000 RM ab, der sich bei einem ausgeglichener Haushaltsplan daraus ergibt, daß die aus dem Ausleihgeschäft beschaffenden Mittel gekürzt sind und das Wasserstraßenamt, welches die Anordnung des Reichsfinanzministers weigert, den Reichswasserstraßenamt obliegenden Verwaltungsaufgaben zu übernehmen, die mit 6600 RM in den Voranschlag einveranschlagt sind, zu bezahlen. Ein in letzter Instanz von dem Reichsanwalt zur Entscheidung über die Berechnung der Wasserstraßenverwaltung einverleitet, wird die Wasserverwaltung anhängig gemacht ist, wird Schlichtung geschaffen. Die für 1931/32 vorgelegten Voranschläge, die noch nicht von sämtlichen Ausschüssen haben ratifizieren können, schließen mit einem Fehlbetrag von etwa 4000 RM ab unter Einführung der Bürgersteuer und einer Viersteuer zum doppelten Satz. Die beantragte Beschlussfassung über die Einführung der Bürgersteuer, die ohne Rücksicht auf den Einfluß der Bürgersteuer, die bisherige Verwaltungskostenbelastung, der nicht mehr eingehender Erörterung ausgeht, bis sämtliche Voranschläge in den einzelnen Ausschüssen beraten sind. Die Verbeibehaltung des Restenbetrages von 55000 RM über die gegen eine Stimme beschloffen.

**Wegen Umleitung des kurzfristigen Kredits** hatte die städtische Kreditanstalt nähere Ausführungen gemacht, die den Stadtrat nicht veranlassen konnten, auf das Angebots eingegangen.

**Der Stadtrat beschloß** sodann noch, um den Mitteln des Volksfahrtesamtes eine bessere Lieberheit über die gewährten Unterhaltungen zu geben, einen vom Wohlstand aus seiner Mitte gewählten Mitgliedern eine Liste unterstützten Einwohner einzubändigen.

**Wir weisen nochmals auf den Dielen-Abend** im Gasthause des Vereins erinnern in Zivilkleidung.

**Augen-Diagnose.** Zu dem heute stattfindenden Aufklärungs-Vorleser-Vortrag des Volksklinikars Dr. Reinhold-Wilhelm wird uns noch mitgeteilt, daß am Sonntag, den 15. März, vormittags von 10—11 Uhr, im gleichen Saal eine Sprechstunde für Interessenten kostenlos abgehalten wird und daß dort auch die Augen-Diagnose, auf welchem der man aus der Iris (Hornhaut) den Gesundheitszustand des gesamten Körpers, wie z. B. Herz, Gallen-, Nieren-, Darm-, Leber-, Nieren-, Nerven- und Knochen usw. festzustellen vermag, gratis von dem Stadtratlichen Augenarzt Dr. Reinhold-Wilhelm vorgenommen werden wird. Die Erfindung ist vor etwa 30 Jahren von dem ungarischen Arzte Wegely erfunden worden und besteht darin, daß auf der Iris das Bild des Auges ein System feiner Nervenfasern (Reflexionen) durch das Licht, welches nach allen Organen des gesamten Körpers führen. Im nun tündigen ein Organ indisponiert zu sein, so zeigt sich dies in der Iris (Hornhaut) und so zeigt sich dies in der Iris (Hornhaut) und so zeigt sich dies in der Iris (Hornhaut).

**Der Verein der Freunde der Seefahrt** schreibt uns, daß der morgen stattfindende Tanzabend aus Anlaß des heutigen Abschlusses der Steuernmannschaft feierlich angelegt ist und der Verein mit zahlreicher Beteiligung seiner Mitglieder rechnet.

**Der über Erörterten starke Andrang der kleinen** der Mädel zu den Turnstunden am Montag bringt den geltend gemachten in die angenehme Lage, die Abteilung zu vergrößern. Die bewährten Vortragenden Hr. Saglob und Hr. Cordes übernehmen die Leitung der Gruppen. Vom Nächsten in der Anzeige.)

**Programm der „Tivoli-Lichtspiele“** für Mittwoch: „Unsere Liebe war Sünde“ (Symphonie der Wiener Philharmoniker), ein Soremar-Film in 6 Akten, in den Hauptrollen Herr Haid, Baronin Satrotty. Ferner wirken mit Prof. Dr. Levesco und Vivian Gibson, Alexander Grisko, Jon Petrescu. Als zweiter Film läuft: „Buffalo Bill jun.“. In der Nacht das übliche Beiprogramm. — Nachmittags 3 Uhr Vortrag über die Lichtspiele.

**Auch an dieser Stelle** sei auf die Mitgliedsvermehrung der „Concordia“, Verein für Handel und Gewerbe, hingewiesen, in der ein Vortrag des Herrn Partot-Bremen am Sonntag, den 16. März, stattfindend wird. Der Redner wird als bewandertes Beurteiler der Wirtschaftslage des Mittelstandes bekannt und wird auf die heutige Notlage und ihre Bekämpfung eingehen. Die „Concordia“ gestattet es, darüber auch gerne eingelassenen Gästen aus dem Kreis der Mitgliedsänderer oder sonstigen Interessenten den Zutritt, und wird, daß diese Versammlung eine gleiche Kundgebung ist, wie die Mittelstandes sein wird wie die am Sonntag, dem 15. März, in Oldenburg stattfindende Versammlung des Mittelstandes, auf der Senator Veithen vor sämtlichen Mitgliedern des Landes sprechen wird.

**Am Donnerstag, dem 5. März,** ist hier unter dem Vorsitz des Herrn Patros Ordnung eine Gruppe der Freiwilligen Sanitätssoldaten vom roten Kreuz unter der Leitung des Herrn Medizinalrats Dr. Röntgen gegründet worden. Junge Leute, welche noch kein Interesse an der guten Sache haben, werden gebeten, sich dem Vorsitzenden zu melden. Es können nur Leute auf-

genommen werden, die das 18. Lebensjahr erreicht haben, unbefähigt und deutsche Staatsbürger sind.

**Am 8. d. M. feierte der Marine-Verein** sein 30jähriges Bestehen durch ein kameradschaftliches Beisammensein mit Damen im Vereinslokal. Nach der Flagenparade begrüßte der erste Vorsitzende, Kamerad Pfaffenrot, die Erschienenen und besonders 4 der Kinder, die Kameraden Reemts, Schumacher, Grese und Chr. Tiedemers, welche an geschmückten Tischen Platz genommen hatten. Kamerad Tiedemers erwiderte im Namen der Jubilare in seiner bekannten humoresken Art. Herr Dr. Müller hielt einen Vortrag mit Lichtbildern aus der Jugendzeit unserer Marine, von ihren Anfängen bis zu Anfang unseres Jahrhunderts. Dr. Müller hat von 1873 bis 1902 sozusagen in Kiel Freud und Leid unserer Flotte gelebt und schilderte seine Erlebnisse in packender Weise. Er schloß seinen Vortrag mit dem Wunsch, daß wir bald wieder in den Besitz einer starken Flotte kommen und mit einem Hoch auf das Vaterland. Kamerad Jacobson zeigte alsdann Bilder aus dem Glanz- und Ruhmestagen unserer Flotte, u. a. Geshchichtsbilder auf S. M. S. „Seeadler“, den Kern von Panzerkreuzer „Väcker“ und Hilfskreuzer unserer Torpedoboots. Für Musik hatte Kamerad Nienberger durch Schallplatten mit Lautsprecher geforgt. Humoreskische Vorträge und gemeinsame Vieder hielten die Kameraden mit ihren Damen in guter Stimmung.

**Was das deutsche Handwerk** anlässlich der Reichshandwerks-Woche der Öffentlichkeit zu sagen hat, hat es in einer offiziellen Aufklärungsschrift, „Handwerk tut not! Fördert das Handwerk!“ niedergelegt. Diese Schrift wird durch die Handwerker-Organisationen an Publikum abgegeben. Sie ist dazu berufen, Aufklärung, Stärkung und Freude in jede deutsche Familie zu tragen, und wird auch dann noch ihre leuchtende Wirkung entfalten, wenn das lebendige Bild der vielen Veranstaltungen zur Reichshandwerks-Woche bereits in der Erinnerung verblüht.

**Auf Grund einer durch die Deutsche Heringshandels-Gesellschaft m. b. H. in Bremen** zusammengestellten Statistik über die Deutsche Heringsfischerei im Nordseegebiet während des Jahres 1930 ergibt sich ein Totfang von 321779 Kantonen gegenüber 317581 Kantonen im Vorjahre, gleich circa 245 992 bzw. circa 242 640 Faß. Auf Fangreise unterwegs waren 3 (16) Segelboote, 52 (51) Motorboote und 5 (5) Dampfer, zusammen also 124 (136) Fahrzeuge.

**Reichshandwerkswoche.** Vom 15 bis 22. März findet in ganz Deutschland eine große Werbewoche für handwerkliche Wertarbeit statt. Den Zweck dieser großartigen Gemeinheitsbewerbung wird Herr Syndikus Dr. Nieser, Altona, in einem Vortrag am 17. März den Rundfunkhörenden schildern, während der Vorsitzende des Bundes der Innungen in Hamburg, Herr Obermeister Alfred Diebel, am 20. März vom Standpunkt der gewerblichen Praxis über die Einzelheiten der handwerklichen Kundenwerbung spricht. Durch eine geschmackvolle und sehr lehrreiche Werbe-Projektüre, die zahlreiche Haus-haltungen zugeführt wird, soll sich das Publikum über die Leistungsfähigkeit des Handwerks ein eigenes Urteil bilden können. Weiterhin werden Schaufensterdekorationen handwerklicher Geschäfte, Plakate, Siegelmarken im Briefverkehr und andere Maßnahmen auf die Handwerkwirtschaft aufmerksam machen.

**Weitere Einschränkung der Heilbehandlung** für Kriegsbeschädigte. Anerkannte Kriegsbeschädigte ohne Rentenbescheid hatten bisher einen von keiner Seite bestrittenen Rechtsanspruch auf freie Heilbehandlung für die als Folge einer Dienstbeschädigung anerkannten Leiden, wenn dadurch eine Verschlimmerung dieser Leiden veranlaßt wurde. Das Reichsarbeitsministerium hat nunmehr durch einen Erlass diesen Rechtsanspruch bestritten und die Versorgungsämtern angewiesen, solchen Kriegsbeschädigten hinfür nur noch befristete Heilbehandlung ohne Barabzüge als kann-Anspruch zu gewähren. Der Verband der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen des Deutschen Reichsriegerbundes, „Rijfhäuser“ steht am Standpunkt, daß die Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. 7. 1930, auf die sich das R. A. M. hierbei beruft, keine genügende Handhabe für eine solche Schmälerung der bisherigen Rechte der Kriegsbeschädigten bietet und beabsichtigt, diese Frage zur Entscheidung vor die hierfür zuständigen Spruchbehörden der Reichsverordnung zu bringen. Außerdem wird sich der Reichsausschuss der Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenen-Fürsorge, der noch in diesem Monat im Reichsarbeitsministerium tagt, als das vom Reich eingesetzte Gutachterorgan mit dieser Frage zu befassen haben.

**Nordenham.** Der Vorstand des 2. Reichsbundes wendet sich mit einer Eingabe an den oldenburgischen Landtag, um für die in den nächsten Jahren notwendigen Arbeiten, zu deren Durchführung der Reichsbund aus eigenen Mitteln nicht in der Lage ist, eine Staatsbeihilfe zu erhalten. Vor allen Dingen handele es sich um die von Sachverständigen als dringend erforderlich bezeichnete Weiterführung der Keilanlage am Wadenserdeich von km 65,3 bis km 66,1, wozu im Einstellung von 10000 RM in den staatlichen Voranschlag gebeten wird. Ohne diese finanzielle Unterstützung sieht der 2. Reichsbund keine Möglichkeit, die Weiterführung im laufenden Jahre in Angriff zu nehmen. Die neben den Unterhaltungsarbeiten erforderlichen Aufwendungen im Interesse der Landesicherheit und zur Herabminderung künftiger Unterhaltungskosten werden von den Sachverständigen auf 700000 bis 800000 RM beziffert. Für die Keilanlage, deren Gesamtkosten auf 31000 RM veranschlagt werden, wird der Reichsbund noch selbst 16500 RM aufzubringen haben. Die restlichen 45000 RM wird er aus Reichsmitteln erhalten. Man rechnet, daß die Arbeit 1500 Arbeitslojtagemenge benötigt.

**Oldenburg.** Eine wichtige Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes. In einer Verwaltungsentscheidung betr. Zahlung der Steuer vom bebauten Grundbesitz für landwirtschaftliche Wohnhäuser mit einer Wohnfläche von weniger als 70 Quadratmetern hat das Oberverwaltungsgericht die Entschöpfung getroffen, daß diese Häuser von der Steuer vom bebauten Grundbesitz befreit bleiben, wenn es sich um Einfamilienhäuser handelt. Die Landvolkpartei

hatte zunächst das Ministerium um Befreiung dieser Häuser von der genannten Steuer erlucht. Diefem Erluchen wurde jedoch nicht stattgegeben, und so blieb nichts anderes übrig, als einen Einzelfall bis zur höchsten Instanz zur gerichtlichen Entscheidung zu bringen. Schon in der ersten Instanz, beim Verwaltungsgericht wurde die Klage zu Gunsten der Klägerin entschieden. Nunmehr gelangte die Angelegenheit auf Veranlassung des Ministeriums an das Oberverwaltungsgericht. Diefes bestätigte den Spruch des Verwaltungsgerichtes. — Um die Katastralsbeurteilung bei Heidbrügge. In seiner letzten Sitzung beschloß der Landtag, die Regierung zu erluchen, sich mit allem Nachdruck bei der Reichsregierung dafür einzusetzen, daß die Genehmigung zur Ausschließung des Kalkdorkommens bei Heidbrügge baldigst erteilt werde. Die Regierung entsprach diesem Erluchen. Sie mußte jetzt aber leider mitteilen, daß die Vermittlungen nicht den erwünschten Erfolg gehabt haben. Jedemfalls wird diese Sache nochmals den Landtag beschäftigen, vielleicht bei der Beratung des Voranschlags. — Es bleibt bei der Nichtanstellung weiblicher Justizoffiziere. Im vorigen Jahre herrschte über die Frage, ob weibliche Juristinnen in den Staatsdienst gelangen sollen im Landtage verschiedene Meinungen. Die Regierung erklärte sich gegen eine solche Anstellung, während aus dem Landtage heraus diese Stellungnahme auf lebhaften Widerspruch stieß. Es wurde dann aus dem Landtage heraus nochmals die Regierung erlucht, in eine weitere Prüfung dieser Frage einzutreten und sie zugunsten der weiblichen Juristinnen zu entscheiden. Die erlebte Prüfung hat stattgefunden, aber, wie dem Landtage mitgeteilt wurde, hat sie dasselbe Ergebnis zeitigt, wie im vorigen Jahre.

**Oldenburg, 12. März 1931.** Zentralviehmarkt. Amtlicher Marktbericht. Ferkel- und Schweinemarkt. Auftrieb: insgesamt 893 Tiere, nämlich 832 Ferkel und 61 Läuferfische.

Es folgten das Stück der Durchschnittsqualität:

Ferkel, bis 6 Wochen alt	13—15 RM
Ferkel, 6—8 Wochen alt	15—17 "
Ferkel, 8—10 Wochen alt	17—24 "
Läuferfische, 3—4 Monate alt	28—32 "
Läuferfische, 4—6 Monate alt	32—40 "

Größere Läuferfische entsprechend teurer. Beste Tiere aller Gattungen wurden über geringere unter Notiz bezahlt. Marktverlauf: Mittelmäßig. Zufuhr und Handel durch ungünstige Witterung beeinträchtigt.

**Oldenburg.** Eine ganze Reihe von Unterhaltungen heging der 1882 geborene frühere Justizobersekretär beim Amtsgericht Wehla Josef Stolle. Schon als er vordem als Amtsgericht Wildeshausen angeestellt war, ließ er sich derartige Unregelmäßigkeiten zu schulden kommen. Seine Kollegen sorgten damals für Deckung und auch dafür, daß die Sache nicht an die sog. „große Glocke“ kam. Als St. dann 1922 an das Amtsgericht Wehla versetzt wurde, unterlag er aber wieder der Verurteilung. Und nochmals kam er mit einem neuen Auge davon, wiederum durch die Fürsorglichkeit seiner Kollegen. Aber der Krug geht so lange zu Wasser bis er bricht. In den Jahren 1927 und 1928 wurde der Angeklagte in einer ungezählten Zahl von Fällen (es sind mehr als 80) rückfällig, wenigstens auch die unterschlagenen Beträge nicht von erheblichem Umfange waren. Es sind offenbar auch entwertete Kassenmarken nochmals verwendet worden, und auch nach dieser Richtung hin besteht Verdacht gegen St. Er bekennt aber solche Schuld, und man kann sie ihm auch nicht beweisen. Im übrigen ist er, um Einzelheiten abgesehen, geständig. Als seine Verurteilungen zum 3. Male rückbar wurden, und er nunmehr nicht wieder darauf rechnen konnte, so glimpflich, wie zuvor, davon zu kommen, war er verschwunden. Man weiß nicht, ob er in Holland oder sonst irgendwo im Ausland gewesen ist oder sich in Wehla verborgen gehalten hat. Aus Amerika sind Briefe von ihm nachweislich herübergekommen. Es wird aber vermutet, daß er sie hier geschrieben, an irgend einen Bekannten jenseits des Ozeans verschickt und den gebeten hat, sie zurückzuführen, um so seine Flucht vorzutäuschen. In der Verhandlung verurteilt St. leider, für die entdeckten Verurteilungen zu einem Teil seine Amts Kollegen verantwortlich zu machen. Rach etwa 5 stündiger Verhandlung wurde der Angeklagte, dem Antrage des Staatsanwalts Fortmann entsprechend, zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr drei Monaten verurteilt.

**Wilhelmshaven.** Eine schwere Amtsunterschlagung hatte sich vor einiger Zeit ein Oberpostoffizier zu schulden kommen lassen, der als Geldhelfer beschäftigt war. Er hatte insgesamt etwa 1500 RM an Nachnahmebeiträgen einbehalten und diese Unterschlagung dadurch verdeckt, daß er die Zahlen in dem Register fälschte. Der seit über 30 Jahren im Dienst befindliche Beamte genöß bei seiner Behörde besonderes Vertrauen, zumal er sich stets gut geführt hatte. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht gab er seine Verurteilungen zu und betonte, daß er als Witwer ein Mädchen bei sich gehabt habe, von dem er vollständig ausgezogen worden sei. Er wurde unter Jubilligkeit mildernden Umständen zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre verurteilt. Außerdem wurde ihm die Befähigung zur Vervollständigung einer Beamtenstelle für 3 Jahre aberkannt.

**Stade.** Vor fast fünf Jahren heimrußigte das Verschwinden des Hausjohannes Jacob Witt aus Groß-Sterneberg bei Stade die Bewohner des ganzen Bezirks. Trotz eifriger Nachforschungen der Behörden blieb der junge Witt verschwunden. Jetzt ist es gelungen, das Verschwinden des jungen Mannes aufzuklären. Am 8. August 1926 wurde in der Nähe von Wisnad auf der Eisenbahnstrecke Hamburg—Berlin ein junger Mann vom Zuge überfahren und war sofort tot. Da seine Papiere nicht festzustellen waren, wurde er dort als unbekannter Toter begraben. Der in Groß-Sterneberg zuständige Oberlandjäger, der noch immer das Verschwinden des jungen Witt bearbeitete, konnte nun vor einigen Tagen an den Leidenen des Toten und der bei ihm gefundenen Taschenuhr einwandfrei feststellen, daß es sich bei der bei Wisnad getöteten Person um den vermißten Hausjohn aus Groß-Sterneberg handelt.

## Kirchenrat Elsfleth

Der Vorschlag für das Rechnungsjahr 1931/32 liegt im Geschäftsjahr des Kirchenrechnungsführers Jungmann zur Einsichtnahme aus.

Ordemann

**Elsfleth.** Die beiden in Elsfleth belegenen dem Herrn Direktor Wilkens gehörigen

## Kuhweiden

groß ca. 3 ha, habe ich auf mehrere Jahre an einen zuverlässigen Pächter zu verpachten.

Ehr. Schröder, aml. Aukt.

**Gartenbaubetrieb Fr. Orth**  
Fernsprecher 61

bietet an:

**Blumen- und Gemüse-Sämereien**  
in bekannt hochwertiger Qualität  
sowie Topfblumen  
zu niedrigen Preisen

## Was brennt die kluge Hausfrau? Standard-Nusskohlen

den guten Hausbrand,  
garantiert steinfrei,  
daher keine Schlacken

## Großeinkauf der Lebensmittelhändler e. G. m. b. H. Oldenburg i. O.

Seit über 30 Jahren bestbewährte Bezugsquelle für den Lebensmittel-Einzelhandel in Stadt und Land  
Nur der Zusammenschluß macht den Einzelnen stark und rettet den Mittelstand vor dem Untergang



unsere neue Marken-Margarine  
ein Schlager in Preis u. Qualität!

**Zur Einführung**  
erhält jeder Käufer in der Zeit  
vom 14. bis einschl. 21. März  
beim Einkauf von 1 Pfund  
eine 100 g Tafel Schokolade  
beim Einkauf von 1/2 Pfund  
eine 50 g Tafel Schokolade

Ausserdem gibt es die bekannten und beliebten  
**Tha-Ga-Gutscheine**

**Thams & Garfs, Elsfleth**  
Steinstrasse 1

Neu eingerichtet:

## Einheitspreis-Abteilung

Vorläufig: Haushaltsartikel,  
Porzellan, Steingut  
25 Pfg. 50 Pfg. 1 RM

Alle Artikel in Qualität und Ausstattung  
wie in den großen Einheitspreisgeschäften  
der Großstädte

Ich bitte um zwangslose Besichtigung

**Kaufhaus Kunkel**

## Achtung!

## Großer Dielen-Abend

DES ELSFLETHER SCHÜTZENVEREINS  
im „Lindenhof“ am 14. März 1931

Vertreten sind die beliebten Hamburger Künstler  
Anfang 8 1/2 Uhr

Karten im Vorverkauf zu haben bei den Herren Kunkel und H. Tyedmers 1 RM. An der Kasse 25 ♂ Aufschlag  
Es laden freundlichst ein

Der Vorstand

Georg Meyer

**Kirchliche Nachrichten.**  
Sonntag, den 15. März  
10 Uhr: Gottesdienst  
Danach: Kinder-Gottesdienst  
Freitag, 8 Uhr: Passions-  
gottesdienst  
Deutsch-Christlicher Jugendbund.  
Sonntag 8 Uhr: Jungmänner-  
bund.  
Mittwoch 8 Uhr: Jung-  
mädchenbund.  
Donnerstag, 8 Uhr: Nähabend  
**Verloren**  
goldene  
Damen-Armbanduhr  
Abzugeben gegen Belohnung  
in der Geschäftsstelle.

**Konfirmanden-  
Anzüge**  
in blau  
ein- und zweireinig  
42 36 30 28  
22.00 RM  
Th. v. Freeden

**Elsfleth-Lienen**  
Sonntag, d. 15. März  
**Schiffer-  
und Bürger-Ball**  
Anfang 7 Uhr  
Es ladet freundlichst ein  
Johann Sutfilter  
**Mockturtle  
Labskaus**

**Prima fettes  
Kalbfleisch**  
Hans Baumeister  
**Briefumzüge**  
mit firmenaufdruck  
fertigt an  
L. Zirk, Buchdruck

Ins **BETT** gehört  
das Beste  
an **Bettfedern**  
und **Daunen**  
Der Einkauf dieses Artikels ist Sache des persönlichen Vertrauens. Ich führe nur erprobte und gute Qualitäten. Darum die Betten nur von  
**D. G. Baumeister**

## Reichshandwerkerswo

Sämtliche Handwerker werden gebeten, bei  
Sonntag, den 14. d. M., abends 8 1/2  
bei Gastwirt Kruse zu erscheinen  
Der Obm

## Verein der Freunde der Seefahrtsschiff

Der Verein veranstaltet Sonntag, den 15. d. M.  
16 Uhr, im Gasthof „Großherzog von  
Oldenburg“ einen

## Tanztee

und ladet seine Mitglieder dazu freundlichst ein  
Eintritt für Damen und Herren 0.50 RM  
**DER VORSTAND**

## Zivoli-Vichtspiele.

Sonntag

**Unsere Liebe war Sünde**  
(Symphonie der Liebe) (6 Akte)

**Buffallo Bill jun.**  
(5 Akte)

Nachmittags 3 Uhr: Jugend-Vorstellung

**Erkältet!**

Dann nur

## Orth's Brustbalsam

(ges. gesch. verbessert)  
aus der Apotheke

## Stadtmagistrat Elsfleth, den 11. März 1931 Zwangsverkauf

Sonnabend, d. 14. d. M.,  
16 Uhr, sollen im „Zivoli“

- 3 Sofas
- 3 Sofatische
- 2 Tische
- 1 Topfschrank
- 2 Stühle und
- 1 Sofa mit Ambau

öffentlich meistbietend gegen  
Barzahlung verkauft werden  
Chler s

## „Concordia“

Verein

für Handel u. Schifffahrt.

Ordentliche  
Mitglieder-Versammlung  
am Dienstag, 17. März,  
20 1/2 Uhr, bei Geisler

- Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Parizot-Bremen über „Das Gesicht der Zeit“
  2. Rechnungsablage
  3. Vorstandswahl
  4. Verschiedenes

Zu dem Vortrag können auch  
Gäste eingeführt werden.

Der Vorstand

## Pack-Kisten

siehen zum Verkauf

Th. von Freeden

Beabsichtige eine

## Müllabfuhr

einzurichten und erlaube  
mir, in den nächsten Tagen  
bei den Haushaltungen  
vorzusprechen.

Ernst Müller



## Knaben-Abteilung

Zurufnahme der Knaben im  
Alter von  
4 bis 10 Jahren:

Sonabends von 17 bis 18 Uhr

Erste Zurnstunde:

Sonnabend, den 14. d. M.

Die Abteilung der kleinen  
Mädchen wird geteilt, und  
zwar turnen

Montags von 17 bis 18 Uhr die  
Mädchen von 8 bis 10 Jahren,  
Mittwochs von 15 bis 16 Uhr  
die Mädchen von 5 bis 7 Jahren

Der Vorstand